

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

8.9.1930 (No. 208)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Sempsteden
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Mindestsatz des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Betreibung und Konfiskation fällt der Rabatt für die Zeitung verfallen, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerungen übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zur Reichstagswahl 1930

Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Zeit vom 12. September bis einschließlich 15. September 1930 für das Land Baden alle Versammlungen unter freiem Himmel (Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, An- und Abmärsche zu und von Versammlungen, die Benützung von Kraftwagen zu sog. Propagandafahrten) verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

Der katholikentag in Münster Zwei Ansprachen des Reichstanzlers

Mit einer Anzahl von Veranstaltungen erreichte am Samstag die 69. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Münster (Westfalen) ihren Höhepunkt, da für Sonntag nur noch ein Festgottesdienst und eine große Kundgebung auf dem Hindenburgplatz vorgesehen war.

In einer öffentlichen Versammlung sprach u. a. Reichstanzler Brüning. Er führte u. a. aus: Wir Katholiken haben einen gewissen Einfluß in der Politik des deutschen Volkes. Wir haben diesen Einfluß nicht, weil wir um die Macht kämpfen und um der Macht willen Politik machen, sondern wir haben diesen Einfluß, weil wir aus unserem Glauben und unserer Weltanschauung gezwungen sind, unter uns den Ausgleich der Gegensätze zu finden und daran zu denken, daß wir immer zur Verfügung stehen müssen, wenn das Vaterland uns ruft.

Am Sonntag strömten ungeheure Menschenmengen von nah und fern nach Münster, nach vorrätiger Schätzung der Fremden dürften 150 000 nicht zu hoch gegriffen sein. Nahezu 130 000 Menschen nahmen allein am Gottesdienst teil, den der päpstliche Nuntius Orsenigo im Beisein vieler Bischöfe geleitete. In einer äußerst eindringlichen Kundgebung, die von etwa 8000 Menschen besucht war, gab der Nuntius der Arbeiterversammlung den päpstlichen Segen.

Reichstanzler Dr. Brüning dankte in einer Rede Männern wie Stegerwald, die ein Leben lang für die katholische Arbeiterbewegung gearbeitet haben. Die Sozialpolitik sei nach der finanziellen Seite hin in ihren Grundlagen erschüttert. Wir müssen Reformen durchführen und haben geglaubt, durch diese Politik der ganzen Arbeiterbevölkerung Deutschlands am besten zu dienen. Kein Stand, kein Beruf, keine Schicht der Bevölkerung hat ein solches Interesse an einer Ordnung und Stabilisierung unserer Wirtschaft und sozialen Lage, und damit der Grundlage für einen weiteren Aufstieg, wie gerade die deutsche Arbeiterbewegung. Ohne staatliche Ordnung keine Ordnung der Wirtschaft, ohne Ordnung der Wirtschaft keine Milderung der Arbeitslosigkeit, und ohne Milderung der Arbeitslosigkeit keine Sicherung der Schranken des Reiches, der Länder und Gemeinden, kein Schutz der Arbeitslosenversicherung, die der Wohlfahrt dient und unseren sozialen Einrichtungen. Anschließend sprach Minister Stegerwald.

Den feierlichen Abschluß des Katholikentages bildete die öffentliche Schlussversammlung auf dem Hindenburgplatz, wo der Erzbischof von München, Dr. Faulhaber, sprach. Die Fortsetzung der Versammlung wurde durch einen furchtbaren Wostbruch vereitelt.

Polnische Kundgebungen

Gegen die Revision des Diktats von Versailles

WV. Warschau, 8. Sept. (Tel.) In verschiedenen polnischen Städten, so in Posen, Bromberg und Gnesen, Radom, Kowno und Larnow, sowie in den Diktatsorten des Dombrowner Bergwerksbezirktes fanden gestern vom Westmarkenverein organisierte Kundgebungen für die Verteidigung der Westgrenzen Polens und gegen die Bestrebungen auf Revision der deutsch-polnischen Grenze statt.

An der auf dem Theaterplatz in Posen veranstalteten Versammlung, zu der ein auf Initiative des Westmarkenvereins Polens aus Vertretern aller polnischen Parteien zusammengesetztes Komitee einberufen hatte, sollen rund 30 000 Personen teilgenommen haben. Die bekannten Forderungen des Westmarkenvereins, der neuerdings eine Reihe genau umschriebener Maßnahmen zur Sicherung und Verteidigung der polnischen Westgrenze, wie eine entsprechende Intervention im Völkerbunde, eine entschiedene Liquidationspolitik, eine Nichtratifizierung des Liquidationsabkommens vom 30. Okt. 1929, einen Boykott der deutschen Presse und der deutsche Waren, verlangt, wurden vorgetragen von Senator Seyda für die Nationaldemokraten, vom Abg. Gers für den Zentro-Linksblock und vom Abg. Surawski für den Regierungsbund. Danach wurde von der Versammlung, der auch Vertreter der Regierung, mit dem Wohlwollen an der Spitze, bewohnten, eine aus 14 Punkten bestehende Entschließung angenommen, in der die erwähnten Forderungen einzeln aufgeführt werden, und die mit einem Appell an die Bevölkerung zur Unterstützung aller Organisationen schließt, die die Verteidigung der Westgrenzen zum Ziele haben.

Der Schiedspruch im Ruhrbergbau wurde auch vom freigezwecklichen Bergarbeiterverband angenommen. Es wurde beschlossen, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Der Schiedspruch steht bekanntlich eine Verlängerung des geltenden Lohntariffes bis zum 31. Dezember d. J. vor.

Letzte Nachrichten

Gegen den Wirtschaftspessimismus Zum letzten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung

M. Berlin, 8. Sept. (Priv. Tel.) Maßgebende Wirtschaftskreise wenden sich gegen die als zu pessimistische Beurteilung der Wirtschaftslage, die heute allgemein üblich ist. Man glaubt, daß der letzte Bericht des Instituts für Konjunkturforschung viel zu pessimistisch ist. Es sei mit einer Entwicklung der Arbeitslosigkeit in diesem Winter nicht in dem Umfang zu rechnen, wie man dort voraussetzt, und zwar schon aus dem Grund, weil ein großer Teil der Saisonarbeiter bereits jetzt beschäftigungslos ist. Ebenso wenig glaubt man, daß die Wahlen eine nennenswerte Erschütterung der Wirtschaftskonjunktur bringen werden.

Die 60. Tagung des Völkerbunds Die europäische Konferenz

WV. Genf, 8. Sept. (Tel.) Der Völkerbundsrat hat heute vormittag seine 60. Tagung mit der üblichen nichtöffentlichen Sitzung begonnen, in der er seine vorläufige Tagesordnung billigte und sich mit internen Budget- und Personalfragen beschäftigte.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Budget- und Verwaltungsfragen, ferner der Bericht der Mandatskommission und ein Bericht des Wirtschaftskomitees über seine Arbeiten, weiter die Frage des Opiumhandels und der Vorschlag Finnlands, das Haager Schiedsgericht zur höchsten Berufungsinstanz für die Schiedsgerichtsverträge aller Staaten zu machen.

Zu der heute nachmittag 4 Uhr beginnenden ersten europäischen Konferenz, an der 27 Staaten teilnehmen, sind hier 23 Außenminister eingetroffen. Brian wird die Konferenz mit einer Ansprache einleiten, in der er über seine bisherigen Arbeiten berichtet und insbesondere die Gesichtspunkte darlegen wird, die sich aus den auf sein Memorandum eingegangenen Antworten ergeben.

Eine Abordnung des Saargebietes in Genf

WV. Genf, 8. Sept. (Tel.) Wie bei den früheren Völkerbundtagungen weist diesmal eine Abordnung von Vertretern der politischen Parteien des Saargebietes hier. Der Abordnung gehören wie früher u. a. an Kommerzienrat Nübling, die Landesratsmitglieder Schmelzer und Levauder und Gewerkschaftsführer Kiefer.

Bevorstehender Prozeß Scherl-Eugenberg?

WV. Berlin, 8. Sept. (Priv. Tel.) Wie „Die Welt am Montag“ erfährt, hat Dr. Georg Scherl am 2. Juni 1930 an die Firma August Scherl ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß der von August Scherl mit der Firma August Scherl G. m. b. H. im Jahre 1918 geschlossene Vertrag verletzt worden sei, der die Bestimmung enthalte, daß die politische Tendenz der Organe der August Scherl G. m. b. H. nicht geändert werden dürfe. Ansonsten sei August Scherl bzw. seine Rechtsnachfolger berechtigt, die Streichung des Namens Scherl aus der Firmenbezeichnung zu verlangen. Da dieser Brief ohne Antwort blieb, hat am 2. September der Rechtsvertreter, Dr. Georg Scherl, der Firma August Scherl ein Ultimatum bis zum 6. September gestellt und gleichzeitig erklärt, daß er bei Nichtbeantwortung im Prozeßwege die Streichung des Namens August Scherl aus der Firmenbezeichnung betreiben werde. Dem Blatt zufolge, ist die Ultimatumfrist verstrichen, ohne daß eine Antwort von der August Scherl G. m. b. H. erfolgte.

Der amerikanische Prohibitionsstand

WV. New York, 8. Sept. (Tel.) „New York World“ beginnt in großer Aufmachung mit der Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln des im Juni zurückgetretenen New-Yorker Bezirkschefs der Prohibitionsverwaltung, Major Maurice Campbell. Dieser erklärt, er sei von seinem Posten zurückgetreten, da er eingesehen habe, daß das seiner Überzeugung entsprechende Prohibitionsgesetz nicht durchgeführt werden könne. Das organisierte Verbrechen auf der einen, und politische Einflüsse auf der anderen Seite hätten jede ehrliche Durchführung des Gesetzes unmöglich gemacht. Razzien seien meist wertlos gewesen, da ihre Veranstaltung von seinen eigenen Angehörigen verraten worden sei. Ihm selbst sei einmal eine Viertel Million Dollars geboten worden, damit er sich nachlässiger zeige.

Die neue Peking-Regierung

WV. London, 8. Sept. (Tel.) „Times“ berichtet aus Peking vom 5. September: Der Gouverneur der Mandchurei, Tchangshiang, richtete aus Peking die telegraphische Anfrage, weshalb sein Name ohne seine Erlaubnis in Zusammenhang mit der neuen Regierung in Peking gebraucht worden ist. Admiral Chen hat ebenfalls telegraphisch angefragt, weshalb er zum Marineminister ernannt worden sei. Dem Berichterstatter zufolge wird gemeldet, daß Wellington Koo und Lo Wentan, beide Peking verlassen haben, was darauf hindeutet, daß die neue Regierung, wenn sie überhaupt gebildet worden ist, bereits auf Schwierigkeiten stößt.

* Zur Reichstagswahl

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem 14. September, dem Tage, an welchem das deutsche Volk selbst über sein Schicksal zu entscheiden haben wird. Wir haben seit der Revolution keine Reichstagswahl gehabt, die für die innere Politik unseres Volkes so bedeutungsvoll gewesen wäre wie diese. Bisher standen alle Reichstagswahlen irgendwie im Zeichen der Außenpolitik. Wie man sich mit unseren früheren Gegnern auseinanderzusetzen habe, das war bewußt oder unbewußt die beherrschende Frage bei einer jeden Wahl im Reich. Natürlich sprachen auch Fragen der inneren Politik, und zwar besonders solche verfassungspolitischer Art, mit. Aber niemals in diesen Jahren hat die Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Reichstagswahl das entscheidende Gepräge verliehen. Am 14. September wird das der Fall sein.

Es wäre für unser Volk sicherlich besser gewesen, wenn man von Anfang an den Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Aufmerksamkeit geschenkt hätte, die sie verdienen. Gewiß hätte das stets geschehen müssen in engster Anlehnung an die Außenpolitik. Natürlich mußte dabei die Tatsache, daß die damalige Unsicherheit in der Lösung des Reparationsproblems auch einen Faktor der Unsicherheit in unsere gesamte Wirtschaftspolitik hineintrug, gebührend berücksichtigt werden. Aber nun und nimmer hätte diese Tatsache Veranlassung geben dürfen zu einer Finanzpolitik der Sorglosigkeit. Nun und nimmer hätte man aus jener Unsicherheit die Erlaubnis zu einer gar zu großzügigen Ausgabenwirtschaft ableiten dürfen.

Zumal ja doch jeder wußte, daß die Endsumme der Reparationen unter allen Umständen erschreckend hoch sein würde. Ja, wenn begründete Hoffnung auf eine Streichung der Reparationen oder auf eine wesentliche Verringerung bestanden hätte, dann hätte man vielleicht so wirtschaften dürfen, wie wir gewirtschaftet haben. Faktisch hat an eine solche Hoffnung niemand geglaubt. Von vornherein wußte jeder, daß die Festsetzung der Reparationssumme uns eine schier unerträgliche Belastung bringen würde. War man also gescheit genug, solches zu wissen, so mußte unsere gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik auch klug genug sein, um sich planmäßig auf die größte Sparsamkeit einzustellen.

Alle wirklichen Wirtschaftswissenschaftler haben schon vor Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß man auch gelegentliche Verbesserungen der Konjunktur nicht als etwas Konstantes betrachten dürfe, daß vielmehr der verlorene Krieg mit allen seinen Folgen im Zusammenhang mit der Reparationslast selbst bei höchster Anspannung aller Kräfte eine Wirtschaftskatastrophe zur Unmöglichkeit mache, und daß man froh sein müsse, wenn es gelinge, Wirtschaft und öffentliche Finanzen wenigstens gesund zu erhalten. Leider ist das nicht gelungen. Von Jahr zu Jahr hat sich die Wirtschaftskrisis verschärft, und von Jahr zu Jahr ist die öffentliche Finanzwirtschaft trostloser geworden.

Deshalb darf man auch nur mit größter Vorsicht die deutsche Finanz- und Wirtschaftskrisis dieser Lage in Zusammenhang setzen mit der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis. Diese Weltwirtschaftskrisis ist in der Hauptsache eine Konjunkturercheinung des letzten bzw. vorletzten Jahres. Sie betrifft Völker und Staaten, die vorher glänzend verbient haben und nicht mit Sorgen und Tributen belastet sind wie Deutschland. Länder wie Amerika und England können sich schon einmal eine Arbeitslosigkeit in großem Umfang leisten, zumal jeder Wirtschaftspolitiker dort damit rechnet, daß die Arbeitslosigkeit bald wieder behoben sein wird. Bei uns aber liegen die Dinge ganz anders. Bei uns mußte man befürchten, daß sich die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung entwickelt.

Im übrigen sollte man, wenn man schon vergleicht, nicht ganz vergessen, daß die englische Regierung ja heute in derselben bedrohlichen Lage ist, wie das deutsche Kabinett der Großen Koalition, das Kabinett Hermann Müller, es war. Gelingt es dem Kabinett MacDonald nicht, der englischen Wirtschaft zu helfen und die Arbeitslosigkeit einzudämmen, so wird es vielleicht viel rascher, als wir alle ahnen, gestürzt werden. Die Ergebnisse der Nachwahlen in England zeigen deutlich genug, wie die Stimmung im englischen Volke ist, und wie man das Vergehen des Kabinetts gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit beurteilt.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Thronerbe in Belgien. Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist Kronprinzessin Astrid von einem Sohn entbunden worden.

Die Verteilung der Reichsaufträge

Die „Bayerische Staatszeitung“ vom 5. September beschäftigt sich mit der regionalen Verteilung der Reichsaufträge, bei der sich Bayern benachteiligt fühlt. Insbesondere wird darüber geklagt, daß die Ausgleichsstelle der Länder nur bei den Vergabungen des Reichswehrministeriums, nicht aber auch bei den Aufträgen der übrigen Beschaffungsressorts eingeschaltet sei. Dazu wird aus Berlin u. a. mitgeteilt:

Es ist unzutreffend, daß die Ausgleichsstelle der Länder zur Zeit im wesentlichen nur bei der Vergabe der Aufträge des Reichswehrministeriums mitwirkt. Eine Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf alle Beschaffungen der Reichsstellen ist deshalb auf Schwierigkeiten, weil die Aufträge anderer Reichsstellen nur zum Teil zentral vergeben werden. Hinzu kommt insbesondere, daß sich der zentral zu beschaffende Bedarf überwiegend aus Spezialgeräten zusammensetzt (z. B. die Vergabungen der Reichspost an die Schwachstromindustrie), mit deren Herstellung vorwiegend auch Spezialfirmen betraut werden müssen, die sich in jahrelanger Geschäftsbeziehung bewährt haben. Die Ausgleichsstelle der Länder ist aber bemüht, ihre Tätigkeit über die Vergabungen des Reichswehrministeriums hinaus auch auf die für einen Ausgleich in Frage kommenden Aufträge anderer Reichsstellen zu erstrecken; Verhandlungen in dieser Richtung sind mit der Reichsbahn und Reichspost erneut aufgenommen.

Dem Wunsche, daß über den Wert und die Verteilung der öffentlichen Aufträge eine fortlaufende zusammenfassende Übersicht genommen werde, ist dadurch Rechnung getragen worden, daß seit Januar 1929 vom Reichswirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit dem Reichsarbeitsministerium eine Statistik über die öffentlichen Aufträge geführt wird. Die ersten, freilich noch unvollständigen Ergebnisse dieser Statistik für das Rechnungsjahr 1929, sind den Landesregierungen und den wirtschaftlichen Spitzenverbänden bereits im Juli zugeleitet worden und werden dem Reichstag nach dessen Zusammentritt vorgelegt werden. Es ist ferner eine sogenannte Ministerialkommission gebildet worden, in der außer dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsarbeitsministerium die Reichsbahn, die Reichspost, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die größeren Länder sowie die kommunalen Spitzenorganisationen vertreten sind.

In ihr können insbesondere auch die Länder etwaige Wünsche auf wirtschaftliche Verteilung der Aufträge zur Geltung bringen.

Die Verwertung des Besatzungsgutes in der Pfalz

Die mit dem Verschleiß des Besatzungsgutes beauftragte Reichsverwertungsstelle in der Ludwigshafener Schupolajerne steht am Ende ihrer Arbeit. Nur noch wenige Bestände an Küchenmöbeln und Matrasen harren noch ihrer Veräußerung. Ein großer Teil des Besatzungsgutes ging an Käufer im rechtsrheinischen Deutschland, in Westfalen, Frankfurt am Main und München über; es handelt sich dabei in der Hauptsache um Caritas- und sonstige Wohlfahrtsorganisationen. Trotz niedriger Verkaufspreise wurde eine Verkaufsumme von etwa 250 000 M erzielt. Mit der Beendigung der Arbeiten der Reichsverwertungsstelle in Ludwigshafen wird die gleiche Tätigkeit in Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken aufgenommen werden.

Der Ballonaufstieg Piccards

MW. Augsburg, 8. Sept. (Priv.-Tel.) Prof. Piccard hat nunmehr alle Vorbereitungen zu seinem beabsichtigten Höhenflug getroffen, der, falls die Wetterlage es zuläßt, morgen früh erfolgen soll. Inzwischen ist auch von den deutschen Behörden die Starterlaubnis eingelaufen. Dem Aufstieg, der auf dem abgeschlossenen Fabrikgelände erfolgt, werden außer der Presse nur wenige geladene Personen beizuhören.

Kurze Nachrichten

Die deutsche Delegation für Genf, an ihrer Spitze Außenminister Dr. Curtius, ist dort am Sonntagmittag eingetroffen. Der deutsche Außenminister hat von der französischen Regierung eine Einladung zu einer ersten Besprechung über das Memorandum Briand erhalten. Die Besprechung, an der die Vertreter der 27 europäischen Regierungen, an die das Memorandum gerichtet waren, teilnehmen, findet heute, Montag, nachmittags 4 Uhr statt. Zuerst handelt es sich um wesentlichen um eine Erörterung des weiteren Verfahrens.

Memel hofft auf Deutschland. Die Beschwerde des Memelgebietes über die Verschlagung der memelländischen Autonomie durch die litauische Regierung ist nunmehr nach Genf abgehandelt worden. In eindringlicher Form wird die Entziehung des Memelgebietes gefordert und unter Hinweis auf den Ernst der Lage die Abstellung der litauischen Rechtsbrüche durch den Rat gefordert. In Memel erwartet man, daß die deutsche Völkerbundsabordnung die Beschwerde entsprechend der Zusicherung der zuständigen Berliner Stellen vor dem Völkerbundsrat zur Sprache bringen und energisch vertreten wird.

Verbot des Tragens der Reichswehruniform im Saargebiet. Eine Berliner Zeitung meldet, daß die Saarregierung ein Dekret herausgegeben habe, das den im Saargebiet weilenden Reichswehrangehörigen das Tragen der Reichswehruniform verbietet. Wie wir hören, handelt es sich hier um eine alte Bestimmung, die wahrscheinlich von der Regierungskommission anlässlich der Räumung des Rheinlandes ins Gedächtnis gerufen werden sollte. Man wollte offenbar vermeiden, daß es zu Zwischenfällen zwischen Reichswehrsoldaten und Angehörigen des französischen Saarschutzes käme. Die Angelegenheit wird sofort aus dem Wege geräumt sein, wenn, wie man hofft, der Saarschutz in kurzer Zeit zurückgezogen wird.

Verfahren gegen Hölz. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den bekannten Kommunisten Max Hölz auf Grund des Republikstufengesetzes wegen einer Rede im Sportpalast, in der er zur Erschießung von Volksgenossen aufgefordert haben soll, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Wieder ein Flugzeugzwischenfall. Ein polnisches Flugzeug mit dem Kennzeichen 84 überflog am Samstagnachmittag, wie einwandfrei festgestellt wurde, den Stolper Grenzkeis.

Zusammenstöße in Eßlingen. In Eßlingen kam es bei einem kommunistischen Jugendtreffen zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Die Beamten mußten vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Bei Zusammenstößen am Nachmittag mit den Kommunisten mußten die Beamten die Gewehre anwenden.

Den deutschen Ozeanfliegern wurde am Sonntag in Washington ein begeisterter Empfang bereitet. Präsident Hoover unterhielt sich längere Zeit mit den Fliegern. Am Abend gab der deutsche Geschäftsträger v. Kiep ein Essen. Von Gronau wird am Mittwoch nach Deutschland zurückkehren.

Zum Tode verurteilte Schieber. Wegen Schieber mit Lebensmitteln, die zu Bucherpreisen verkauft wurden, wurden in Moskau drei Händler und drei Angestellte der Genossenschaftsblenden zum Tode, die übrigen Beteiligten zur Internierung in einem Konzentrationslager verurteilt.

Reichsministerreden in Baden Treviranus in Karlsruhe

In einer Wahlversammlung der konservativen Volkspartei in der „Eintracht“ in Karlsruhe sprach am Samstagabend Reichsminister Treviranus. Man lernte einen ausgezeichneten und fesselnden Redner kennen, dessen sachlich gehaltene nicht eigentlich parteiagitorisch gehaltene Darlegungen auch von den Gegnern mit Ruhe angehört wurden.

Er wandte sich gegen die Gepflogenheit, in dem politischen Gegner stets etwas Minderwertiges zu sehen, ihn zu verfeinern, betonte die Notwendigkeit, den konservativen Gedanken von den ihm anhaftenden Schladen zu befreien und zu erneuern. Dieser Gedanke sei der Anlaß zur Trennung von Hugenberg gewesen. Das Ziel seiner Partei sei, den konservativen Geist mit neuem Sauteig zu durchsetzen. Konservatismus und Demokratie schloßen einander nicht aus. Es gebe keine Parteidoktrin, die in der rauhen Wirklichkeit allein für sich Bestand habe. Parteien seien nun einmal eine gegebene Notwendigkeit, aber sie müßten zu einem Ausgleich untereinander gelangen. Politik aus der Schmollede führe uns nicht weiter.

Die Reichsregierung habe ihr Ziel klar erkannt und entschlossen die notwendigen Maßnahmen angeordnet, die zwar hart und drückend seien, aber notwendig, um Ordnung zu schaffen und den aufgetretenen Fehlbetrag abzubauen. Sozialistische Wirtschaft in Reinkultur würde das große Hungern bringen. Nur Opposition treiben und anderen die Führung der Geschäfte überlassen, würde nicht zur Befundung beitragen, sondern uns immer tiefer ins Elend bringen. Deshalb haben wir unsere Verantwortung für das Reformwerk der Regierung festgelegt. Nur die Mitarbeit des gesamten Volkes und aller Parteien kann eine wirtschaftliche Gesundung und eine organische Fortentwicklung ermöglichen. Der Versailles Vertrag selbst lasse die Möglichkeit einer Änderung der Verträge zu. Wo es notwendig sei, müsse zur rechten Zeit auch das rechte Wort gesagt werden. Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, obwohl wir nicht den leibhaftigen Wunsch nach irgendeiner kriegerischen Entwicklung hegen. Der Kampf für die Freiheit des Rechtes sei eine Lebensnotwendigkeit für uns, und dieser Gedanke verdiene in Wirklichkeit den Namen Pazifismus. Wir könnten nicht zusehen, daß unser Volk verkümmere. Unsere bisherigen politischen Abmachungen seien zu früh getroffen worden. Wenn unter den heutigen Verhältnissen, bei dem Daniederliegen der Weltwirtschaft und bei der großen Arbeitslosigkeit in der Welt eine Konferenz zustande gekommen wäre, würden unsere Ausichten besser gewesen sein.

Notwendig sei die klare, ruhige Erkenntnis über das Maß des Möglichen, über die Befriedigung der Weltwirtschaft mit der deutschen Wirtschaft und über die Zusammenhänge der deutschen Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit in der Welt. Die Entwicklung der nächsten Jahre werde uns in dieser Hinsicht wohl gestatten, hoffnungsvoller in die Zukunft zu blicken. Die Regierung sei vorsichtig in der Beurteilung der Entwicklung der Konjunkturmöglichkeiten und habe deshalb stärkere Eingriffe vorbereiten müssen, auch im Haushalt des Reiches, um gegen die steigende Zahl der Arbeitslosen, mit der wir rechnen müßten, gewappnet zu sein. Aber den kommenden Finanzausgleich habe die Regierung die entscheidenden Beschlüsse gefaßt. Die Gemeinden müßten von der Krisenlast entlastet werden. An der Herabsetzung der Reallohnern sei als Ziel des nächsten Jahres festzuhalten, und die Regierung sei entschlossen, das zu tun. Aber die Länder müßten nicht nur an dem Aufkommen beteiligt werden, sondern auch an dem Risiko. Dann würde man zu einem endgültigen Finanzausgleich kommen. Vor 1932 sei dies aber schon rein technisch nicht durchzuführen.

Zum Schluß vertrat der Redner energisch die Regierungsposition und die Regierungsmassnahmen, die notwendig seien, um dem Volke die Möglichkeit zum Leben zu geben. Entscheidend bei der Wahl müsse die Verpflichtung der Übernahme der Verantwortlichkeit für die Allgemeinheit sein. Staatswohl, nicht Interessentenkaufen. Deshalb werden wir für eine Mehrheit, für die Fortführung des von unserer Regierung begonnenen Reformwerkes und für die Sammlung aller Kräfte für die Aufbauarbeit.

Dietrich über die Lage der Landwirtschaft

Reichsfinanzminister Dietrich sprach am Sonntagabend in einer von der Deutschen Staatspartei einberufenen sehr gut besuchten Versammlung in der Städtischen Festhalle zu Donauwörth. Der Minister behandelte neben den Fragen der Behebung der Wirtschaft, der Senkung der Reallohnern insbesondere die Frage der Arbeitslosigkeit und die Lage der Landwirtschaft.

Der Minister betonte: Es müsse wenigstens dahin kommen, daß das gegenwärtig bestehende landwirtschaftliche Defizit auf dem Gebiete der Lebensmittelinfuhr von nahezu einer Milliarde beseitigt, daß die Einfuhr von Eiern, Zucker und Weizen abgedrosselt wird. In diesem Zusammenhang teilte der Minister mit, daß in der Frage des Futtermittelzolls jetzt auch die Entscheidung gefallen sei, daß derjenige, der Roggen einkauft, einen billigeren Futtermittelzoll erhält. Der Minister hob nachdrücklich unter dem Beifall der Versammlung hervor, daß der Vorwurf, er habe die Belange der großen Landwirtschaft durch die Zollerhöhungen mehr gefördert als die Belange der kleinen, vollkommen ungerichtet sei. Die Not der kleinen Landwirtschaft liege ihm, dem Minister, am Herzen. Nur hätte er mit anderen Mitteln arbeiten müssen, und er glaube, daß durch eine Zusammenarbeit mit seinem Kollegen Schiele hier noch manches getan werden könne. Wenn die Landwirtschaft für eine Milliarde mehr produziere, dann würde die Lage wesentlich besser sein, denn die Landwirtschaft würde ja sicherlich diese eine Milliarde nicht für sich behalten, sondern wieder produktiv anlegen. Der Minister zog einen Vergleich mit dem Entwicklungsweg der englischen Landwirtschaft, die unter der Niederreife ihres Schutzes vor 80-100 Jahren schwer gelitten habe. Glücklicherweise sei die gleiche Politik nicht auch bei uns verfolgt worden. Wenn wir diesen gleichen Weg gegangen wären, dann wären wir sicherlich mit unserer Landwirtschaft längst zu Ende gekommen.

In einer Rede in Konstanz erklärte der Reichsfinanzminister, daß der Kampf um die Notverordnung nicht im neuen Reichstage, sondern durch die Wahl selbst schon ausgetragen werde. Auch er sei der Meinung, daß sich im neuen Reichstag kaum eine größere Zahl von Abgeordneten finden dürfte, die die Notverordnungen wieder aufheben, weil dadurch die Reichsfinanzen wieder in Unordnung gebracht würden. Als wichtigste Regierungsaufgabe stelle der Minister erneut die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hin. Die Lösung dieses Problems sei auch die erste Pflicht des deutschen Volkes, doch könne das Problem der Beschäftigung der Arbeitslosen nur mit Ruhe und Stetigkeit gemeißelt werden. Weiterhin sprach sich der Minister über die Notwendigkeit umfangreicher Ein-

sparungen im Haushalt aus mit dem Hinweis, daß zu den 175 Millionen, die bereits im Haushalt eingespart worden seien, eine Summe in doppelter Höhe für den nächsten Etat eingespart werden müsse. Länder und Gemeinden müßten hier mit der Reichsregierung zusammengehen, damit die Reichsfinanzen in Ordnung erhalten werden. Es gehe bei der kommenden Wahl um die Stärkung des Staates und um die Stärkung der Nation.

Revolution in Argentinien

Präsident Irigoyen gestürzt und verhaftet

In Argentinien ist eine Militärrevolution ausgebrochen, die sich gegen den Präsidenten Irigoyen richtet, um seinen endgültigen Rücktritt zu erzwingen. Die Flotte schloß sich der Führung des Generals Storni an, der ein Ultimatum an Irigoyen richtete und mit der Beschießung des Regierungspalastes in Buenos Aires drohte. Irigoyen wurde verhaftet, ebenso andere Persönlichkeiten des bisherigen Regimes. General Uruburu hat eine vorläufige Regierung gebildet. Das Parlament wurde aufgelöst.

Das argentinische Kabinett hatte den Beschluß, sich dem Militär zu ergeben, nach einer Sitzung gefaßt, die fast den ganzen Samstag andauerte. Als auf dem Regierungsgebäude die weiße Flagge gehißt wurde, befanden sich die angreifenden Truppenabteilungen bereits im Anmarsch. Vor dem Gebäude der Irigoyen ergebenen Zeitung „La Epoca“ kam es zu einer Schießerei der regierungstreuen britischen Polizei und den angreifenden Truppen, die das Feuer der Polizei mit Maschinengewehrfeuern erwiderten. 15 Personen wurden getötet und 190 verletzt. Nachdem sich auch die Polizei den Aufständischen ergeben hatte, stürmte die Menge den Regierungspalast, riß die Bilder Irigoyens von den Wänden und verbrannte sie. Auch die Büroräume des Innenministeriums wurden von der Menge gestürmt. Das Haus der „Epoca“ wurde in Brand gesteckt. Die Feuerwehr weigerte sich, zu löschen.

5000 Todesopfer in San Domingo

WW. San Domingo, 8. Sept. (Tel.) Die Zahl der bei der Wirbelsturmkatastrophe auf Haiti (San Domingo) ums Leben gekommenen Personen wird nunmehr auf inscaumf 5000 geschätzt.

Die Stadt San Domingo ist so gut wie vernichtet. Man schätzt die Verluste auf mehr als 30 Millionen Dollar. Bisher sind über 1000 Leichen geborgen worden, die zum größten Teil wegen Mangels an Zeit zur Beerdigung eingedockt worden sind. In der Stadt wurden über 2000 Personen verletzt. Es fehlt an Raum in den Krankenhäusern und an Ärzten. Man birgt weitere Leichen und Verletzte aus den Trümmern. Viele Familien sind in den Kirchen und öffentlichen Gebäuden, soweit sie vom Sturm verschont blieben, untergebracht. Soldaten haben Befehl erhalten, Leben und Eigentum der Geschädigten zu schützen und ihnen Hilfe zu leisten.

Neue Reste der Andree-Expedition gefunden

Die Vermutung Dr. Horns, daß sich noch weitere Reste der Andree-Expedition auf der Weissen Insel befinden, hat, dem Stadthalter „Dagens Nyheter“ zufolge, sich bestätigt. Die von der Zeitung ausgesandte Expedition fand bei der Durchsicherung der Insel das Lager der Andree-Expedition unter einem Gletscher, dessen Eis soweit geschmolzen ist, daß das Lager sich jetzt über dem Eis befindet. Unter den Trümmern eines primitiven Hauses fand man das auseinandergefallene Skelett eines Menschen, außerdem viele Ausrüstungsgegenstände, Instrumente, Waffen, verschiedene Werkzeuge, Teile der Ballongondel, Kleider, einen Brief an Strindberg und die Aufzeichnungen Arctanders. Alles deutet darauf hin, daß die Expedition von einer plötzlichen Katastrophe, vielleicht einem Schneesturm, heimgeführt worden ist. Die Expedition wird frühestens in 7 bis 8 Tagen in Tromsö zurück erwartet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ machte am Sonntag eine Landungsfahrt nach Breslau, dabei wurde auch Wien besucht. Heute, Montag früh, halb 8 Uhr, landete das Luftschiff wieder in Friedrichshafen.

In dem am Elbstein liegenden Ort Schwinde bei Wippen an der Luhe wurde ein 60 Jahre alter Hofbesitzer in seinem Bett erschlagen aufgefunden. Die Ehefrau hatte einen Stich in den Hals erhalten und ist nachmittags im Krankenhaus in Wippen gestorben.

Der Amerikaner Diamond, der am Samstag auf dem deutschen Dampfer „Hannover“ nach Philadelphia abgehoben worden ist, hat durch einen Berliner Rechtsanwalt eine hohe Schadenersatzforderung gegen den preußischen Polizeifiskus geltend gemacht. Ein Haftbefehl gegen ihn habe nicht vorgelegen. Wenn die deutschen Behörden Diamond in Deutschland nicht hätten haben wollen, so hätten sie sich das vor der Erteilung des Visums überlegen müssen.

In Ungarn ist die Mitfahrt eines Sosius auf dem Motorrad mit Rücksicht auf die sich immer mehr häufenden Motorradunfälle, die durch das Verhalten dieser Begleitpersonen im Augenblick der Gefahr verursacht werden, ausnahmslos verboten worden. Jedes Motorrad, auf dem sich mehr als eine Person befindet, wird angehalten.

In Philadelphia ist der frühere Kriegsflyer, Major Donaldson, der im Weltkrieg acht Siege erfochten und vom Königin von Wales persönlich das britische Fliegerkreuz erhalten hatte, gestern bei Kunstflügen mit seinem Flugzeug tödlich abgestürzt.

Geh. Rat Dr. Rosenberg 7. Nach langer Krankheit starb in Baden-Baden im Alter von 78 Jahren Geh. Rat Dr. Marc Rosenberg. Der Verstorbene genoss als feinsinniger und umfassender Kenner der Goldschmiedekunst besonderen Ruf. Dr. Rosenberg stammte aus Rußland; er wurde 1851 in Kamienetz geboren und kam schon 1888 als Privatdozent der Geschichte des Kunsthandwerks an die Technische Hochschule nach Karlsruhe, deren Lehrkörper er eine große Anzahl von Jahren angehörte; so wurde er 1887 außerordentlicher und 1898 ordentlicher Honorarprofessor. Im Jahre 1903 erfolgte seine Ernennung zum Hofrat und fünf Jahre später zum Geh. Hofrat. Nach Aufgabe seiner Lehrtätigkeit lebte er auf seinem Landgut in Schopbach. Dieser Landgut wurde seinerzeit von dem Hausmeister Rosenbergs in Brand gesteckt. Das Haus wurde in Schutt und Asche gelegt und der Hausmeister selbst kam in den Flammen um. Durch das Feuer wurden auch die zahlreichen und sehr wertvollen Kunstgegenstände Rosenbergs (Gemälde, Goldschmiedearbeiten usw.) vernichtet.

Eine Ehrung Friedrich Richters. Die Gesellschaft für deutsche Bildung, deren Vorsitzender Geheimrat Panzer in Heidelberg ist, hat aus Anlaß des 60. Geburtstagstages ihres Vorsitzenden eine Gedenkmedaille für Verdienste um das Deutschtum gestiftet und ihm als ersten verliehen. Sie trägt das Wort Jakob Grimm: „Alle meine Arbeiten wandten sich aufs Vaterland, von dessen Boden sie auch ihre Kraft entnahmen.“

Badischer Teil

500 RM. Geldstrafe wegen Beleidigung des Landtags

Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte am heutigen Montag den 34-jährigen Geschäftsführer Jakob Eugen Krummich aus Karlsruhe wegen Beleidigung des Badischen Landtags zu 500 RM Geldstrafe, hilfsweise 50 Tagen Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens. Ferner wurde auf Veröffentlichung des Urteils je einmal in „Führer“ und in der „Karlsruher Zeitung“, sowie auf Einziehung der betreffenden Druckstücke erkannt.

Im Hintergrunde dieses Prozesses steht wiederum der bekannte Vorfall im „Darmstädter Hof“, der Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und einer Eisenbahnkommission (auch Ausländer). Am 10. Januar d. J. hatte der Landtagsausschuß die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner beschlossen, der an diesen Vorfällen beteiligt war. Am 13. Januar hat der Angeklagte ein vom Landtagsabg. Lenz verfaßtes Flugblatt in Druck gegeben, und am 15. Januar verteilt lassen, in dem zu einer Protestversammlung, gegen die Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner, die erfolgen solle, „um vor dem Auslande deutsche Kalorienhaftigkeit zu zeigen“, und zum Protest „gegen Schloßigkeit, Vaterlandslosigkeit und pazifistische Feigheit“ aufgeföhrt wurde. Wegen dieser Ausdrücke wurde vom Landtag Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Der Angeklagte Krummich gibt zu, das Manuskript zum Druck gegeben und in seinem letzten Teil (die als beleidigend empfundenen Ausdrücke enthalten) wie er glaube, stimmungsgemäß abgeändert zu haben, da das Manuskript hier fast unleserlich gewesen sei. Diese Ausdrücke hätten sich aber nicht gegen den Landtag gerichtet, sondern gegen die gegnerischen Parteien und die gegnerische Presse, die den Fall zur Aufhebung der Immunität Wagners auszunutzen wollten. Davon, daß der Landtagsausschuß schon am 10. Januar die Aufhebung der Immunität beschlossen habe, will der Angeklagte bei der Abfassung und Weitergabe des Flugblattes nichts gewußt, auch einen die Angelegenheit ausführlich behandelnden Artikel im „Führer“ nicht oder nicht genau gelesen haben.

Als erster Zeuge wird Landtagsabg. Lenz als Verfasser des Flugblattes unbedeutend verurteilt. Er hatte damals die Propagandabteilung der Partei und den Auftrag zur Abfassung des Flugblattes erhalten, das er im Zuge Heidelberg-Karlsruhe geschrieben habe, wodurch das Manuskript ziemlich unleserlich und in seinem letzten (dem intimierten) Teil fast unleserlich geworden sei. Die als beleidigend aufgefaßten Stellen hätten aber seines Wissens im Original gestanden. Er, als Verfasser, habe aber nicht die Absicht der Beleidigung des Landtages gehabt. Das Flugblatt habe sich auch nicht gegen den Landtag richten wollen, sondern gegen die gegen die Nationalsozialisten „betriebene Hecke“. Ihm sei damals seiner Erinnerung nach auch der Beschluß des Landtagsausschusses noch nicht bekannt gewesen; nach den bis dahin geltenden Gepflogenheiten habe er es auch nicht für möglich gehalten, daß der Landtag der Aufhebung der Immunität zustimmen werde. — Auch der Drucker des Flugblattes, Siemer, wird unbedeutend verurteilt. Er erklärt, lediglich den Auftrag ausgeführt zu haben, ohne sich über die einzelnen Ausdrücke Gedanken zu machen. — Ein Polizeiretreatär äußert sich über die Verteilung des Flugblattes, die teils privat, teils öffentlich auch in Wirtschaften erfolgt sei.

Berichtsausschnitt Dr. Heinsheimer sieht es für eine starke Zumutung an, glauben zu machen zu wollen, daß der Angeklagte als Geschäftsführer der Nationalsozialistischen Partei nichts von dem Beschluß des Landtagsausschusses gewußt haben sollte. Ersichtlich sei auch, daß K. als Geschäftsführer die erwähnte Nummer des „Führer“ nicht gelesen haben sollte. Die intimierten Ausdrücke stellten eine sehr schwere Beleidigung des Landtages, der höchsten Körperschaft des Landes, dar. Heute sei zwar eine furchtbare Entartung des politischen Kampfes zu beobachten, aber derartige Ausdrücke würden auch heute Gott sei Dank noch in anständigen Kreisen als schwere Beleidigung empfunden. Als Strafmaß könnte eigentlich nur Freiheitsstrafe in Betracht kommen, denn die Ehre müsse vor derartigen Beschimpfungen geschützt werden. Wenn er trotzdem von Verurteilung einer Freiheitsstrafe absehen wolle, so geschähe das mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit, ferner weil der Angeklagte nicht aus chloßer Befinnung gehandelt habe, und weil in ihm eine wenig prominente Persönlichkeit getroffen werde. Jedenfalls müsse aber dann angesichts der Schwere der Beleidigung und der beleidigten Körperschaft eine empfindliche Geldstrafe verhängt werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rupp, beantragte Freisprechung, da eine Beleidigung des Landtags nicht beabsichtigt und nicht nachgewiesen sei.

Nach fast einstündiger Beratung verurteilte der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Engelhardt, das eingangs erwähnte Urteil und führte dabei aus, daß über den beleidigenden Charakter des Flugblattes und der Ausdrücke objektiv kein Zweifel sein könne, ebensowenig darüber, daß diese Ausdrücke sich auf die Mitglieder des Landtags und den Landtag als ganzes beziehen sollten. Das ergebe sich auch schon aus dem Text des Flugblattes selber. Die Beleidigung sei eine schwere und besonders schwer, weil sie sich gegen den Landtag als die höchste Autorität des Landes richte. Von einer Freiheitsstrafe sei abgesehen worden, weil der Angeklagte nicht vorbestraft und schwer leidend sei und in der Sache nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe.

Zum kleinen Grenzverkehr

In der heutigen Nummer der „Karlsruher Zeitung“ bringen wir eine Verordnung des Präsidenten des Landesfinanzamts zum kleinen Grenzverkehr. Sie enthält die Abgrenzung des deutschen Grenzbezirks an der Grenze gegen Frankreich, (Binnenlinie).

Aus der badischen Industrie

Schlechte Lage in der Sandsteinindustrie. Die Sandsteinindustrie in Ballbän die in normalen Zeiten etwa 200 Personen Verdienstmöglichkeit gab, ist seit einigen Tagen vollständig stillgelegt worden. Man macht Versuche zur Herstellung von Kunststeinen, die eine bessere Absatzmöglichkeit bieten.

Verkauf der Imhoff'schen Musikwerk-Fabrik in Böhrenbach. Die bekanntlich als letztes derartiges Unternehmen des Schwarzwaldes insolvent gemordene Imhoff'sche Musikwerk-Fabrik ist aus der Konkursmasse von einem Schweizer Kaufmann zum Preise von 50 000 RM erworben worden. Dieser beabsichtigt die Einrichtung einer Möbelfabrik.

Nicht zu früh herbsten!

Die Zeitschrift „Weinbau und Kellerwirtschaft“ erlätzt folgende Aufforderung an die Winzer: Der Herbst steht vor der Tür! Laßt Euch nicht zu früher Lese drängen. Nach den hervorragenden Jahrgängen 1928/29 darf der 1930er nicht enttäuschen. Darum laßt die Trauben bis zur Vollreife am Stock. Unterstützt diejenigen der Gemeinde, die für spätes Herbst eintreten.

Der Erdrutsch an der Schwarzwaldbahn

Über die Vorgänge vor dem Erdrutsch am Trüberger Scheitunnel und über die Arbeiten zur Beseitigung der Felsmassen wird uns noch berichtet:

Der Vorgang der Erd- und Felsabstürzungen wurde schon acht Tage vor Eintreten erwartet, da die Gesteinsverhältnisse, die in der dortigen Südlage ohnehin verwittert sind und von Sonne, Wasser, Schnee und Eis stark beeinflusst werden, fortgesetzt einer Beobachtung unterliegen. Eine Reihe von Markierungspfählen war in den Boden eingelassen, aus deren Bewegung man das Wandern des Gesteins genau beobachten konnte. Einige dieser Pfähle veränderten in wenigen Tagen ihren Standplatz um 20 Zentimeter, woraus sich ohne weiteres die starke Gesteinsbewegung erkennen ließ. Tatsächlich wurde der Verkehr über die Schwarzwaldbahn, als an ein Abfallen der schiebenden Felsmassen nicht mehr zu denken war, nahezu eine Stunde vor dem Niedergang der lockeren Massen gesperrt.

Die zuerst abgegangene Masse von wenigen hundert Kubikmetern war verhältnismäßig gering. Die Hauptmenge mußte dann sein, die zu erwartenden Nachstürze rechtzeitig zu erkennen und durch Sprengen schnell zum Abgehen zu zwingen. Ingesamt ist eine Felsmasse von rund 4000 Kubikmetern am Tunnelportal entfernt worden. Das Portal selbst und das Gewölbe sind bei dem Vorgang nicht in Mitleidenchaft gezogen worden, da die Abbruchstelle außerhalb am Tunnelmund und der Böschung liegt. Die Menge des weiter entfernten Gesteins hat dann einen größeren Aufwand an Arbeitszeit bedingt, als man anfänglich angenommen hatte.

Bei einer Tagesleistung von rund 500 Kubikmetern sind die Arbeiten so weit gediehen, daß (wie schon kurz gemeldet) mit einer Wiederaufnahme des Durchgangsverkehrs auf der Schwarzwaldbahn in der nächsten Tagen gerechnet werden kann. Dann wird der Hochbetrieb mit den etwa 20 großen Automobilen, die ständig von morgens bis abends zwischen Trüberg und Sommerau pendeln und die Reisenden ohne Verzögerung aus den ankommenden Zügen aufnehmen und in die bereitstehenden wieder abgeben, verschwinden.

Aus der Landeshauptstadt

Altkabrat Osterag. Im Alter von fast 78 Jahren ist in Karlsruhe der frühere langjährige Stadtrat und jetzige Privatier Robert Osterag gestorben. Osterag hatte sich mit besonderem Erfolg um die Allgemeinheit verdient gemacht als langjähriger Führer des Gewerbevereins Karlsruhe sowie als Präsident des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und nicht minder in seiner Tätigkeit als Stadtrat und Bezirksratsmitglied. Er war einer der Gründer des Karlsruher Verkehrsvereins und später Präsident des Badischen Landesvereins der Verkehrsvereine.

Den 80. Geburtstag feierte am Samstag im Kreise einer großen Kinder- und Entschlar Frau Karoline Knäbel, Frau Knäbel, die Witwe des ehemaligen großherzoglichen Leibkutschers, erfreut sich noch der besten Gesundheit und Mäßigkeit.

Einbruch in ein Karlsruher Juweliergeschäft. In der Nacht auf Sonntag, kurz vor 3 Uhr, wurde in das Juweliergeschäft Hof in der Waldstraße, anscheinend von mehreren Tätern, eingebrochen. Den Tätern ist es gelungen, nachdem sie das Drahtgitter vor der Eingangstür eingebracht und die Schaufensterscheibe zertrümmert hatten, Schmuckgegenstände, deren Wert noch nicht feststeht, zu entwenden. Der Notruf und die Kriminalpolizei erschienen kurz nach der Tat an Ort und Stelle. Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange.

Verbung für das Badische Landesbühnen. Trotzdem die Anmelbungen für die Plakate günstig laufen und sogar wieder ein Zubachs gegen das Vorjahr zu verzeichnen ist, fehlen — so wird uns geschrieben — doch noch viele Einwohner dem Landesbühnen als Dauerbesucher. Sie zu gewinnen, soll in den nächsten Wochen persönliche Werbung einsehen. Die Solomittelglieder der Oper und des Schauspiel haben sich bereit gefunden, noch absteigende Herrschaften persönlich aufzusuchen und sie zum Beitritt zur Plakate oder Plakatsicherung zu bewegen. Die Generaldirektion des Badischen Landesbühnen bittet, ihre Werber freundlich empfangen und anhören zu wollen und sie nicht unberichtet Sache gehen zu lassen. Jeder darf überzeugt sein, daß er als Stammbesucher des Theaters wertvolles Kulturgut erhalten und fördern hilft.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Maritime Luft von der Nordseite einer inzwischen nach Mitteleuropa gezogenen Zykone ist in mehreren Fronten und in Begleitung stellenweiser heftiger Gewitter während der letzten beiden Tage über unser Gebiet hinweggezogen. Das Wetter ist bei uns jetzt wieder vollkommen wechlich orientiert, so daß vorläufig keine beständige Bitterung aufkommen wird. Wetterausfichten: Unbeständig und kühl bei westlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Drei Wochen Gefängnis für Beschimpfung Stresemanns. D. Mannheim, 8. Sept. In einer Versammlung der Nationalsozialisten in Schriesheim am 21. Juni sprach ein Dr. Vogel aus Ziegelhausen über Volksbetrug. Als er auf die Regierungspolitik Stresemanns, den Youngplan und die Verhandlungen im Haag zu sprechen kam, warf ein Versammlungsteilnehmer einen Zwischenruf schwer beschimpfender Art über Stresemann ein und wiederholte ihn mehrmals. Als der Überwachungsbeamte gegen den Zwischenrufer einschritt, gab dieser einen falschen Namen an. Später stellte sich heraus, daß er sich schon zwei Jahre unter einem falschen Namen herumtrieb und in Wirklichkeit Hermann Währ heißt und aus Altingen gebürtig ist. Er ist wegen Betrugs und Diebstahls vorbestraft. Das Gericht hielt eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen für angemessen, die durch die Untersuchungshaft verbüßt ist.

Unwetter am Sonntag

Bl. Kehl, 8. Sept. (Tel.) Den ganzen Samstag über stand das Rheintal in einer gewitterschwülen Atmosphäre, die sich zum ersten Male in den ersten Vormittagsstunden in großer Heftigkeit über Stadt und Fluß entlud. Über eine Stunde lang tobte das Unwetter; der Tag war fast zur Nacht geworden, so dunkel war es überall. Dann klarte es wieder langsam auf, um sich gegen Abend wiederum zu einer schweren Wetterwand zusammenzuziehen, aus der es rings am ganzen Horizont unaufhörlich weiterleuchtete. Bei Einbruch der Dunkelheit ging das erste Gewitter nieder, dem kurz nach 10 Uhr ein zweites, überaus heftiges Wetter folgte, das sich mit trachenden Donnererschlägen ununterbrochen Wüsten und einem Balkenbruch über unserer Stadt entlud. Der schwere Sturm und der außerordentlich heftige Regen haben an Dächern, Biegeln, Fenstern und hauptsächlich in den Obstgärten großen Schaden angerichtet.

W. A. Reutstadt i. Schw., 7. Sept. Die gestern lang anhaltenden Gewitter haben besonders im Hochschwarzwald erhebliche Schäden verursacht. Der Blitz hat an verschiedenen Stellen eingeschlagen und Licht- und Telefonleitungen zerstört.

In der kleinen, zerstreut liegenden Schwarzwaldgemeinde Schwarzenbach schlug der Blitz in der Nähe des Schwabenhofes in die Lichtleitung und zündete. Der dem Johann Schwab gehörige stattliche Hof wurde ein Opfer der Flammen. Nur ein geringer Teil der Fahrnisse konnte gerettet werden. Das Vieh entging nur deshalb dem Flammentode, weil es sich außerhalb des Gehöftes auf der Weide befand. Doch traf hier der Blitz drei Kälber und tötete sie. Auch der Birtenjunge wurde vom Blitz getroffen und betäubt. Der Schaden, der durch den Brand verursacht wurde, beläuft sich auf insgesamt 50 000 RM. Auch in Schollach zündete der Blitz. Hier wurde das Leibgebäude des Hochberghofes eingeschert. Der Schaden beläuft sich auf 35 000 RM. Ein Teil der Fahrnisse konnten gerettet werden.

In der Nähe von Tobman schlug der Blitz in eine Herde weidender Kühe. Neun Tiere wurden dabei auf der Stelle getötet. Der Schaden beläuft sich auf etwa 3500 bis 4500 RM.

Wie gemeldet, schlug der Blitz in das Anwesen Gebeleshof auf dem Elmlesberg (bei Wolfach) ein. Die Rauchentwicklung ließ vermuten, daß das ganze, sehr abgelegene Anwesen in Brand stünde. Glücklicherweise hat der Blitz jedoch nur ein Nebengebäude getroffen, das unter starker Rauchentwicklung niederbrannte, während die Hauptgebäude vom Feuer verschont blieben.

Bl. Schriesheim, 7. Sept. Oberlehrer a. D. Ludwig Laub feierte heute mit 15 Kollegen in Heidelberg sein 50jähriges Lehrerbildium. Der Jubilar wirkte seit 1912 an der hiesigen Schule als Hauptlehrer und wurde später zum Oberlehrer ernannt.

D. Wiesloch, 7. Sept. In der Nacht zum Freitag wurden einem hiesigen Bürger in seinem eingegännten Weinberg etwa 100 Rebstübe am Boden abgeschritten.

D. Ettlingen, 8. Sept. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Nähe der Spinnerei und Weberei Ettlingen. Der etwa sieben Jahre alte Junge Schuler aus Busenbach sprang von einem Lastfuhrwerk in den Augenblick herab, als ein Auto aus Karlsruhe vorbeifuhr. Er sprang direkt in das Kraftfahrzeug hinein und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

D. Mastadt, 6. Sept. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: Es ist anzunehmen, daß, nachdem weitere Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung im Amtsbezirk seit längerer Zeit nicht mehr eingetreten sind, die Ansteckungsgefahr vorbei oder jedenfalls sehr gemindert ist. Unter der Voraussetzung, daß neue Fälle nicht mehr kommen, werden von Montag, den 8. d. M., an alle Verkehrs- und sonstigen Beschränkungen, alle Schließungen von Schulen usw. behördlich aufgehoben.

D. Kork (bei Kehl) 6. Sept. Noch selten wurde eine derartig reiche Schmdernete heimgeführt wie in diesem Jahre. So reichlich ist sie ausgefallen, daß sie die Scheunen bis unter die Sohlziegel füllt. Die Kartoffeln und Rüben haben durch den langanhaltenden Regen doch schon gelitten. Die Tabakerrnte wird allem Ansehen nach befriedigend ausfallen. Nur die Obsterrnte hat bitter enttäuscht, der Erlös aus den Obstversteigerungen bleibt weit hinter dem anderer Jahre zurück.

D. Hausgeret (Am Kehl), 8. Sept. Der 50jährige Maurer Sepold aus Oberreit (Schlesien) wurde nach einem Streit durch mehrere Stiche in die Lunge getötet. Die Täter konnten festgenommen werden.

D. Landau, 8. Sept. Der Pfälzer Kriegerappell, der am 6. und 7. September in Landau abgehalten wurde, wurde zu einer großen Wiederkehrsfeste früherer pfälzischer Soldaten. Am Samstag und Sonntag mögen insgesamt 70 000 Fremde in Landau gewesen sein. Zunächst wurden die 21 Feldzeichen der pfälzischen Regimenter, die vom Münchener Armeemuseum kamen, eingeholt. Abends fand in der städt. Festhalle ein Bankett statt, zu dem etwa 8000 Personen erschienen waren, darunter auch der frühere bayerische Kronprinz. — Die Massquartiere in den Kasernen waren in der Nacht überfüllt. Auf dem Ebenberg, dem früheren großen Exerzierplatz, fand der Festakt statt. Es nahmen rund 85 000 Mann Aufstellung, wobei Kronprinz Rupprecht sprach. Der Pfälzer Kriegerbund allein war mit 298 Ortsgruppen aus der Pfalz und dem Saargebiet erschienen, außerdem waren 18 verschiedene Regimenter und etwa 38 andere Formationen vertreten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Reichstagswahl 1930. Auf Grund des Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung werden für die Zeit vom 12. September bis einschließlich 15. September 1930 für das Land Baden alle Versammlungen unter freiem Himmel (Mzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, An- und Abmärsche zu und von Versammlungen, die Benutzung von Kraftwagen zu sogenannten Propagandafahrten) verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

Karlsruhe, den 8. September 1930.

Der Minister des Innern:

J. A. Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Bericht in gleicher Eigenschaft: Gewerbelehrer Hans Bächle an der Gewerbeschule in Weinheim an die Gewerbeschule in Engen, Gewerbelehrer Karl Bächler von der Gewerbeschule in Forzheim an die Gewerbeschule in Lörach, Gewerbelehrer Wilhelm Groß an der Gewerbeschule in Engen an die Gewerbeschule I in Forzheim, Gewerbelehrer Karl Linemann an der Gewerbeschule in Lörach an die Gewerbeschule I in Forzheim.

Getorben: Hermann Schönith, Oberlehrer in Haueneberstein, Amt Mastadt, am 29. August 1930.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. September		6. September	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.77	169.11	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.15	112.37	112.15	112.37
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.383	20.423	20.37	20.41
New York . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.187	4.195
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.505	16.455	16.495
Schweiz . . . 100 Fr.	81.355	81.515	81.335	81.495
Wien 100 Schilling	59.19	59.31	59.16	59.31
Prag . . . 100 Kr.	12.442	12.462	12.427	12.447

Stand der Reben Anfang September

Wie das Statistische Reichsamt mitteilt, hat fast den ganzen August über andauernde nasskalte Witterung die Entwicklung der Trauben gehemmt und das Auftreten von Rebschädlingen begünstigt. Der Behang ist im allgemeinen nach wie vor befriedigend. Gegen den Vormonat haben sich die Ernteaussichten, abgesehen von einigen süddeutschen Lagen, etwas verbessert.

Für die wichtigsten Gebiete des deutschen Weinbaus lautet die Begutachtung des Rebstandes unter Zugrundelegung der Zahlenmole 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, wie folgt: Preussisches Rheingebiet 3,2 (im Vormonat 2,4), übriges preussisches Rheingebiet 2,8 (2,7), Nahegebiet 3,1 (2,8), Mosel, Saar- und Ruwertal 2,6 (2,4), badische Weingebiete 2,7 (2,6), Rheinbesen 2,6 (2,5), Rheinpfalz 2,9 (2,8), Unterpfalz 2,3 (2,5), Neckargebiet 2,0 (2,1), Jagstkreis 2,5 (2,5).

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 3. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Amtes ist mit 123,9 gegenüber der Vorwoche (124,0) um 0,1 Proz. zurückgegangen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 14. bis 22. September 1930

Im Landestheater:

Sonntag, 14. Sept. * A 1 Th.-Gem. 1-100. Neu einstudiert: Launhäuser. Von Wagner. 19½ bis 23 (3 M).

Montag, 15. Sept. * B 1. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte. Neu einstudiert: Die Nibelungen I. und II. Abteilung. Trauerspiel von Heibel. 19½ bis 22½ (5 M).

Dienstag, 16. Sept. * G 1. Th.-Gem. II. S.-Gr. und 1501 bis 1550. Der lustige Krieg. Operette von Johann Strauß. 20 bis 28 (7 M).

Mittwoch, 17. Sept. * B 2. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte. Neu einstudiert: Die Nibelungen III. Abteilung. Trauerspiel von Heibel. 19½ bis 22½ (5 M).

Donnerstag, 18. Sept. D 1 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 101-200. Neu einstudiert: Falstaff. Lyrische Komödie von Verdi. 19½ bis 22½ (7 M).

Freitag, 19. Sept. Volksbühne: 1. Septembervorstellung: Amnestie. Schauspiel von Finkelnburg. 19½ bis gegen 21½ (5 M).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. Samstag, 20. Sept. * E 1. Th.-Gem. 201-300. Uraufführung: Wiffisippi. Schauspiel von Georg Kaiser. 20 bis 22½ (5 M).

Sonntag, 21. Sept. * C 1. Th.-Gem. 301-400. Die Stimme von Portici. Große Oper von Aubert. 19½ bis nach 22 (8 M).

Montag, 22. Sept. Volksbühne: 2. Septembervorstellung: Amnestie. Schauspiel von Finkelnburg. 19½ bis gegen 21½ (5 M).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. Sonntag, 21. Sept. * Finken. Komödie von Shaw. 19½ bis 21½ (3 M).

Neuanmeldungen zur Bladmiete für das neue Spieljahr werden bei der Theaterkasse entgegengenommen. Allgemeiner Vorverkauf und Umtausch für Inhaber von Blockheften ab Montag, den 8. September, vormittags 9½ Uhr. Kartenverkauf: Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Feil Müller, Ecke Kaiser- u. Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420, Zigarettenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

„ABC der Politik“ nennt sich ein kleines, handliches, politisches Schlagwörterbuch, das Dr. W. Kraus und Dr. B. Neumann im Kommissionsverlag G. Krumbhaar, Liegnitz, herausgeben. Hier finden sich in über tausend alphabetisch geordneten Stichworten die hauptsächlichsten Grundbegriffe des politischen, wirtschaftspolitischen und parlamentarischen Lebens, überparteilich und allgemein verständlich abgeleitet und erklärt. Wer etwas über den Aufbau und das Programm der deutschen Parteien, über die Gliederung der Länder, über den parlamentarischen Geschäftsgang, über wichtige Tagesfragen, wie die Bedeutung des Artikels 48 der Reichsverfassung, auf dessen Anwendung sich die gegenwärtig in Kraft getretenen Notverordnungen gründen, ferner über Youngplan, Wesen und Ziel eines Volksbegehrens, schließlich über Herkunft und Bedeutung wichtiger Schlagwörter — Silberstreifen, Interessentenhaufen — und alle möglichen andere politischen Begriffe zuverlässig unterrichtet werden will, findet hier kurze und klare Auskunft. Das Schlagwörterbuch kostet 1,50 RM.

Zentralhandelsregister für Baden.

Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge. 1. Deilmann & Littmann, Bau- und Immobilien-Aktiengesellschaft in München-Berlin, Zweigniederlassung Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Ausführung von Bauten aller Art sowohl für eigene als auch für fremde Rechnung; ferner die Gewinnung, die Herstellung von und der Handel mit Baumaterialien. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Arten von geschäftlichen Unternehmungen insbesondere solche mit Grundstücken für eigene wie für fremde Rechnung durchzuführen. Grundkapital: 15 000 000 RM, eingeteilt in: 50 auf den Namen lautende Vorzugsaktien von je 100 RM, die zu einer Vorzugsdividende von 7 Proz. berechtigen, 5000 Inhaber-Stammaktien von je 100 RM, 15 000 Inhaber-Stammaktien zu je 1000 RM. Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, die vom Aufsichtsrat ernannt werden, der auch die Zahl der Vorstandsmitglieder festsetzt. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern spätestens 17 Tage zuvor durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat. Ordentliche Vorstandsmitglieder: Rudolf Rosa, Kommerzienrat und Stadtrat, München, Otto Grotenberger, Oberingenieur in München. Stellvertretende Vorstandsmitglieder: Josef Bücherl, Direktor, Berlin, Hans Engelhardt, Diplomingenieur und Direktor, Berlin, Johann Groß, Direktor, München, Gustav Deilmann, Oberingenieur und Direktor in München, Michael Hoffmann, Oberingenieur und Direktor in München, Dr. Erich Kempinski, Oberingenieur und Direktor, Berlin, Josef Lindner, Oberingenieur u. Direktor, Berlin, Josef Reichmann, Direktor, München, Landesbaudirektor Dr. Josef Wiedenhofer, Direktor, München. Gesamtprokuristen: Franz Rosa, Meta Maria, Karl Seytler und Hans Vecher. Sie vertreten gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. März und 8. April 1897 festgestellt und am 12. Mai 1927, 30. Juli 1928 und 26. Juli 1930 geändert. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so bedarf es zu Willensbekundungen und zur Zeichnung des Vorstandes für die Gesellschaft der Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern oder eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen. 2. 9. 30.

2. Süddeutsche Spirituosen-Aktiengesellschaft, Karlsruhe.

Die Gesellschaft ist aufgelöst. 3. 9. 30. 3. Fayence-Fabrik Müppurr Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Kapitän a. D. Karl Graf in Karlsruhe und Keramiker Heinrich Wiedenmann in Teufelschneut ist Gesamtprokura erteilt. Jeder derselben ist berechtigt, gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten. 4. 9. 1930. 4. Albert Schneider, Aktiengesellschaft, Kunstspeisefabrik, Karlsruhe. Die Gesamtprokuren der Frau Veria Schneider geb. Peter und der Mathilde Preisenbach sind in Einzelprokuren umgewandelt. 4. 9. 30. 5. Mehlhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegenstand des Unternehmens: Handel mit Mehlenfabrikanten, sonstigen Bedarfsstoffen für Bäckereien, Vorratsprodukten und Futtermitteln. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsführer: Georg Knorz, Fabrikdirektor, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. August 1930 festgestellt. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Georg Knorz ist Einzelvertretungsberechtigter. Gesellschaftsblatt: Deutscher Reichsanzeiger. 6. 9. 30. 6. Wünschermann Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Mathias Gans, Wilhelm Schürmann und Fritz Meynmann sind nicht mehr Geschäftsführer. Peter Paul Elber wurde als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer bestellt. 6. 9. 30. Badisches Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. (Rheinstr. 7.)

Handelsregister-Einträge. 1. M. Hofheins Nachf. Heinrich Hofheins, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: M. Hofheins Nachf. Otto Hirsch, Karlsruhe. Einzelaufmann: Otto Hirsch, Doogist, Karlsruhe. 1. 9. 30. 2. „Bebe“ Gerrenscheube, Alfred Behe, Stettin, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Einzelaufmann: Alfred Behe, Kaufmann, Stettin. Einzelprokurist: Kaufmann Friedrich Behe in Hamburg. 2. 9. 30. 3. Paul Röhling & Co., Karlsruhe. Offene Handels-Gesellschaft mit Beginn am 28. August 1930. Persönlich haftende Gesellschafter: Paul Röhling, Kaufmann, und seine Ehefrau Emma geb. Gamber, beide in Karlsruhe. (Vertretungen: Gebhardt. 10.) 1. 9. 30. 4. Karl Vogel, Großbuchhandlung in Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 1. 9. 30. 5. Frs. Emil Seich, Karlsruhe. Die Firma und die Prokura der Emil Seich Ehefrau Johanna Emilie geb. Kottler sind erloschen. 4. 9. 30. 6. „Gläubigerhilfe“ Mittelbadisches Treuhand- und Inkassobüro Philipp Bloch, Karlsruhe. Einzelaufmann: Philipp Bloch, Bankdirektor a. D., Karlsruhe. (Inkassobüro: Kriegsstr. 47a.) 4. 9. 30. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. (Rheinstr. 7.)

Handelsregister-Einträge. 1. M. Hofheins Nachf. Heinrich Hofheins, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: M. Hofheins Nachf. Otto Hirsch, Karlsruhe. Einzelaufmann: Otto Hirsch, Doogist, Karlsruhe. 1. 9. 30. 2. „Bebe“ Gerrenscheube, Alfred Behe, Stettin, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Einzelaufmann: Alfred Behe, Kaufmann, Stettin. Einzelprokurist: Kaufmann Friedrich Behe in Hamburg. 2. 9. 30. 3. Paul Röhling & Co., Karlsruhe. Offene Handels-Gesellschaft mit Beginn am 28. August 1930. Persönlich haftende Gesellschafter: Paul Röhling, Kaufmann, und seine Ehefrau Emma geb. Gamber, beide in Karlsruhe. (Vertretungen: Gebhardt. 10.) 1. 9. 30. 4. Karl Vogel, Großbuchhandlung in Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 1. 9. 30. 5. Frs. Emil Seich, Karlsruhe. Die Firma und die Prokura der Emil Seich Ehefrau Johanna Emilie geb. Kottler sind erloschen. 4. 9. 30. 6. „Gläubigerhilfe“ Mittelbadisches Treuhand- und Inkassobüro Philipp Bloch, Karlsruhe. Einzelaufmann: Philipp Bloch, Bankdirektor a. D., Karlsruhe. (Inkassobüro: Kriegsstr. 47a.) 4. 9. 30. Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. (Rheinstr. 7.)

Handelsregister-Einträge. 1. M. Hofheins Nachf. Heinrich Hofheins, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: M. Hofheins Nachf. Otto Hirsch, Karlsruhe. Einzelaufmann: Otto Hirsch, Doogist, Karlsruhe. 1. 9. 30. 2. „Bebe“ Gerrenscheube, Alfred Behe, Stettin, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Einzelaufmann: Alfred Behe, Kaufmann, Stettin. Einzelprokurist: Kaufmann Friedrich Behe in Hamburg. 2. 9. 30. 3. Paul Röhling & Co., Karlsruhe. Offene Handels-Gesellschaft mit Beginn am 28. August 1930. Persönlich haftende Gesellschafter: Paul Röhling, Kaufmann, und seine Ehefrau Emma geb. Gamber, beide in Karlsruhe. (Vertretungen: Gebhardt. 10.) 1. 9. 30. 4. Karl Vogel, Großbuchhandlung in Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 1. 9. 30. 5. Frs. Emil Seich, Karlsruhe. Die Firma und die Prokura der Emil Seich Ehefrau Johanna Emilie geb. Kottler sind erloschen. 4. 9. 30. 6. „Gläubigerhilfe“ Mittelbadisches Treuhand- und Inkassobüro Philipp Bloch, Karlsruhe. Einzelaufmann: Philipp Bloch, Bankdirektor a. D., Karlsruhe. (Inkassobüro: Kriegsstr. 47a.) 4. 9. 30. Amtsgericht Karlsruhe.

Verordnung über die Festlegung des deutschen Grenzbezirks an der Grenze gegen Frankreich im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 6. Oktober 1928 (Reichsministerialblatt S. 578) wird gemäß § 16 Abs. 3 des Vereinsgesetzes vom 1. Juli 1889 (Bundesgesetzblatt S. 317) hiermit verordnet:

§ 1. Der deutsche Grenzbezirk an der Grenze gegen Frankreich wird durch eine Linie (Winnenlinie) begrenzt, deren Verlauf folgender ist:

Die Winnenlinie beginnt an dem Schnittpunkt der südöstlichen Grenze der Gemeinde Herten mit dem Rhein, folgt in nördlicher Richtung der östlichen Grenze der Gemeinden Herten, Degersfelden, Hagendorf, Jünglingen und Brombach bis zum Wasserlauf der Wiese, folgt dieser bis zum Schnittpunkt mit der östlichen Grenze der Gemeinde Haag und geht von hier über Bollbach, Hammerstein, Kamborn, Schloß Bürglein, Eipburg, Badenweiler, Laufen, Dottingen, vorbei an Mettelbunn, über Gallenweiler, Schmidhofen, Oberholzungen, Offenbadingen, vorbei an Roslingen, Scherzlingen, Schallstadt, über St. Nikolaus, vorbei an Waltersweien, Gottenheim, Obereschaffhausen, Eisthieten, Wahlingen, Niegel, entlang dem Ostufer der Bahnlinie Freiburg-Offenburg über die Bahnhöfe Kenzingen, Heroldshausen, Ringsheim, Oeschweiler, Kippenheim, Loh-Dinglingen, Friesenheim, über Wiederhofshausen, an Offenburg vorbei, über Waltersweier, Weier, Griesheim, Sand, Irloffen, Wagschurt, Gamschurt, Langhurs, Zell, Oberbruch, Weitenung, vorbei an Sinsheim, über Kartung, an Baden-Weiß vorbei, über Wiederbühl und Kastatt. Von hier geht die Winnenlinie an dem Ostufer der Bahnlinie Pfaffst-Karlsruhe entlang über Durmersheim, folgt alsdann dem Westufer der Landstraße Durmersheim-Grünwinkel, über Forchheim, bis die Landstraße die Straße von Grünwinkel nach Daxlanden trifft. Sie geht der Südseite dieser Straße entlang, folgt alsdann dem Westufer des nach der Appenmühle führenden Feldwegs bis zu dieser Mühle. Von hier folgt sie dem Westufer der Alb an Anielingen vorbei, bis die Alb von der Bahnlinie Anielingen-Magau überschritten wird. Sie geht dieser Bahnlinie entlang bis zum östlichen Ufer des Magauer Hafens, überschreitet hier die Bahn und folgt dem östlichen Hafenufer bis zum nördlichen Ufer der Ausmündung des Magauer Hafens in den Rhein.

§ 2. Alle Orte, über die die Winnenlinie verläuft, gehören zum Grenzbezirk, während diejenigen Orte, bei denen angegeben ist, daß die Winnenlinie an ihnen vorbeizieht, außerhalb des Grenzbezirks liegen.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 14. September in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt tritt die Bekanntmachung vom 3. Juli 1930 (Karlsruher Zeitung [Badischer Staatsanzeiger] Nr. 150 vom 6. Juli 1930) außer Kraft. Karlsruhe, den 4. September 1930. Der Präsident des Landesfinanzamts: gez. Stamer.

BADISCHES LANDESTHEATER Karlsruhe

Wenn Du noch nicht Dauerbesucher bist

laß Dich belehren

über die 10 Vorteile der Platzmiete, die 7 Vorteile der Platzsicherung, die 4 Vorteile der Blockhefte

Telefonruf: Landestheater • Baldige Anmeldung geboten

R.561